

Infrastruktur - NRW profitiert vom Bundeshaushalt 2018

Der Haushaltsausschuss des Bundestages erhöht den Verkehrsetat 2018 noch einmal um gut 200 Millionen Euro gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf auf nunmehr 27,8 Milliarden Euro. „Damit gibt es auch mehr Geld für Häfen, Bahn, ÖPNV und digitale Technologien in NRW!“, so Kölns CDU-MdB Karsten Möring. Beim Etat des Verkehrsministers gehe es aber nicht nur um Infrastrukturausbau. „Wir fördern umweltfreundlichere Antriebstechnologien und beschleunigen den Mobilfunkausbau auf den 5G-Standard“, so Möring.

Zudem unterstützt der Bund auch weiterhin massiv die Kommunen. Insgesamt 29 Milliarden Euro stehen laut MdB Möring 2018 für kommunale Maßnahmen zur Verfügung: „Allein 2,2 Milliarden Euro aus dem Verkehrsbereich und 4,6 Milliarden Euro für Inneres und Bau - das ist ein starker Schub auch für NRW-Kommunen“.

Asylpolitik: CDU, CSU und SPD einigen sich auf einen Kompromiss

Nach schwierigen Verhandlungen, zuletzt hatte sich die Lage mit dem Rücktrittsangebot von CSU-Chef und Bundesinnenminister Horst Seehofer nochmals zugespitzt, haben sich CDU und CSU am Montag auf einen Kompromiss zur besseren Ordnung, Steuerung und zur Verhinderung der Sekundärmigration geeinigt. Wir vereinbaren an der deutsch-österreichischen Grenze ein neues Grenzregime, das sicherstellt, dass wir Asylbewerber, für deren Asylverfahren andere EU-Länder zuständig sind, an der Einreise hindern. Wir richten dafür Transitzentren ein, aus denen die betroffenen Asylbewerber direkt in die zuständigen Länder zurückgewiesen werden (Zurückweisung auf Grundlage einer so genannten Fiktion der Nichteinreise).



Problem Sekundärmigration: Der auf Initiative von Kanzlerin Merkel beim EU-Gipfel vereinbarte verbesserte Außengrenzschutz, die Schaffung kontrollierter Zentren für Migranten in der EU und von Zentren außerhalb der EU sind Meilensteine. (Foto: CDU/Chaperon)

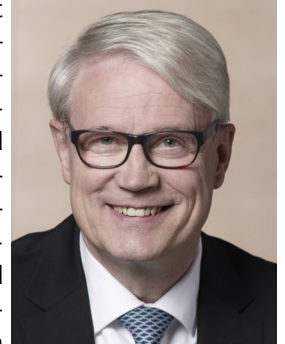
Wir wollen nicht ohne Abstimmung handeln, sondern mit den betroffenen Ländern Verwaltungsabkommen schließen oder im Benehmen handeln. Letzteres bedeutet: In den Fällen, in denen sich Länder Verwaltungsabkommen über die direkte Zurückweisung verweigern, findet die Zurückweisung an der deutsch-österreichischen Grenze auf Grundlage einer Vereinbarung mit der Republik Österreich statt.

Für Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel ist damit der Geist der Partnerschaft in der Europäischen Union gewahrt und gleichzeitig ein entscheidender Schritt getan, um Sekundärmigration zu ordnen und zu steuern. „Das ist genau das, was mir wichtig war und ist, und deshalb glaube ich, dass wir heute - nach hartem Ringen und schwierigen Tagen - einen wirklich guten Kompromiss gefunden haben“, so Bundeskanzlerin Angela Merkel am Montagabend in Berlin.

Nachdem nun auch die SPD zugestimmt hat, jetzt sogenannte Transferzentren einzurichten, freut sich Kölns CDU-MdB Karsten Möring: „Ziel ist es, die Zuwanderung nach Deutschland besser zu ordnen, zu steuern und zu begrenzen. Dazu trägt diese Vereinbarung wesentlich bei. Jetzt kommt es darauf an, die nötigen bilateralen Vereinbarungen mit unseren Partnerländern in der EU möglichst schnell abzuschließen.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

ein Haushalt ohne neue Schulden, mit Investitionen auf Rekordniveau und deutlich gestärkten Sicherheitsbehörden. Das sind markante Stichworte für den



Bundeshaushalt 2018, den wir diese Woche im Bundestag verabschiedet haben und auf den ich stolz bin. Mit diesem Haushalt beschließen wir das vierte Jahr in Folge einen Etat ohne neue Schulden. Auch 2018 wird der Bund mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger auskommen und kann seine Ausgaben von 343,6 Milliarden Euro ohne neue Kredite finanzieren. Die Investitionen werden gegenüber 2017 um rund 6 Milliarden Euro auf 39,8 Milliarden Euro erhöht— das ist ein historischer Wert.

Mit diesem Haushalt kommen wir dem Maastrichtkriterium einen gewaltigen Schritt näher, nämlich die Schuldenquote Deutschlands auf weniger als 60% des Bruttoinlandsprodukts zu senken. Die beiden anderen Kriterien, Haushaltsdefizit und Inflationsrate, erfüllen wir bereits.

Ich ziehe ein positives Fazit dieser turbulenten Woche: Für NRW und Köln konnte gerade in Sachen Sicherheit, Infrastruktur, Umwelt und Bau viel erreicht werden. Und darum geht es: Nicht Streit auf offener Bühne sondern praktische Ergebnisse wollen die Bürgerinnen und Bürger sehen. Im unmittelbar anstehenden Haushalt 2019 werde ich daher im Interesse unserer Region massiv dafür werben, diesen positiven Trend weiter zu führen. Einen schönen Sommer!

Ihr



Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit

Im Haushalt 2018 sind für das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Ausgaben in Höhe von 1,98 Milliarden Euro vorgesehen. Für den Klimaschutz sind 528 Millionen Euro geplant, für den Umweltschutz 152 und für den Naturschutz 76 Millionen Euro. Eine wichtige Rolle im Bereich des Naturschutzes spielt der Insektenschutz, insbesondere der Schutz der Bienen. Der kleiner werdende Bestand besorgt uns sehr, weil die Bestäubungsleistung für die Landwirtschaft unbezahlbar ist. Bienen verhelfen schlicht zu mehr Ertrag.

Die Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle schlägt im Etatentwurf mit 770,56 Millionen Euro zu Buche, davon werden 76% vom Entsorgungsfond finanziert, der von den Kraftwerksbetreibern aufgebracht wurde. Mit diesen Ausgaben werden der Bau des Endlagers Schacht Konrad für schwach- und mittlerradioaktiven Abfall, die Standortsuche für das Endlager für hochradioaktive Abfälle, die Stilllegung der Asse und des alten DDR-Endlagers Morsleben finanziert.

Verkehr und digitale Infrastruktur

Der Etat des Ministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur hat ein Volumen von 27,8 Milliarden Euro. Davon sind 17 Milliarden investive Mittel. Das ist ein bisher nie erreichter Rekordwert.

Für das Sofortprogramm „Saubere Luft“ mit Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der durch Dieselfahrzeuge verursachten Stickoxid-Emissionen steht im Zeitraum 2018-2022 eine Milliarde Euro bereit. Die Automobilindustrie beteiligt sich mit 250 Millionen Euro. 500 Millionen Euro verwenden wir für die Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme, 393 Millionen Euro für die Elektrifizierung des Verkehrs und 107 Millionen Euro zur Nachrüstung von Dieselnissen im ÖPNV. Für 2018 stehen aus diesem Programm 164 Millionen Euro bereit.

Im Etat wurde zudem erreicht, dass 175 Millionen Euro zur Senkung der Trassenpreise im Schienenverkehr, also zur Entlastung der Unternehmen bereit stehen. Ziel ist es, den Güterverkehr auf der Schiene zu verbilligen und die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Straße zu erhöhen.

Zur Verbesserung der Mobilfunkversorgung entlang der Eisenbahnstrecken sowie des Betriebsablaufs der Bahn werden 2021 knapp 35 Millionen Euro im Haushalt eingestellt. Für die Erarbeitung der Strategie für mobile Breitbandnetze und zur Durchführung intensiver Forschung und Testversuche sind zunächst Programmmittel von 6 Millionen Euro eingeplant.

Bau, Wohnen, Stadtentwicklung, Kommunen

Das im Koalitionsvertrag vorgesehene Baukindergeld ist, wie im Koalitionsausschuss vereinbart, ohne Wohnflächenbegrenzung in den Bundeshaushalt 2018 eingearbeitet. Für das von der KfW durchgeführte Programm sind für 2018 262,5 Millionen Euro eingestellt. Hinzu kommen Verpflichtungsermächtigungen von 3,04 Milliarden Euro für die Jahre bis 2029.

Das erfolgreiche KfW-Programm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ wird um 15 Millionen Euro auf 65 Millionen Euro aufgestockt. 75 Millionen Euro stehen für das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ bereit, mit dem insbesondere Maßnahmen zur alten- und behindertengerechten Anpassung von Wohngebäuden und Wohnungen gefördert werden. Dies macht die Finanzierungsbedingungen insbesondere für die senioren- und behindertengerechte Modernisierung des Wohnungsbestandes deutlich attraktiver. So kann der Verbleib älterer Menschen in den eigenen vier Wänden erheblich erleichtert werden.

Das Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ wird mit über 70 Millionen Euro fortgeführt. 26,5 Millionen Euro stellen wir für Modellvorhaben nachhaltiges Wohnen für Studenten und Auszubildende bereit. Das sind flexible Wohnformen, die später auch durch geringen Umbauaufwand für Familien oder Senioren genutzt werden können.

Mit dem „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ in Höhe von 60 Millionen Euro fördern wir Schulen, Kitas, Bürgerhäuser, Stadtteilzentren, Sportanlagen und Kultureinrichtungen. Dank CDU und CSU sind jetzt erstmals auch Schwimmbäder dabei.

Fast 700 Millionen Euro geben wir an die Bundesländer im Rahmen der Städtebauförderung. Die so wichtigen Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden mit 1,5 Milliarden Euro weiter geführt und stetig erhöht. Bis 2021 werden es insgesamt fünf Milliarden Euro sein. Damit haben die Länder umfangreiche finanzielle Möglichkeiten um den Bau preiswerter Wohnungen zu fördern. Es ist unsere klare Erwartung, dass die Länder diese Mittel vollständig für dieses Ziel einsetzen.



„Viele für Köln und NRW wichtige Projekte und Investitionen finden sich im Haushalt 2018“. Der Kölner MdB Karsten Möring freut sich, dass er Akzente setzen konnte. „Nun gilt es im Interesse unserer Region die ersten Weichen für den Haushalt 2019 zu stellen, der im Herbst ansteht!“, so Möring. (Bild: Privat)

Impressum: Herausgeber
MdB Karsten Möring, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: 030 227-77611
Email: karsten.moering@bundestag.de; V.i.S.d.P: Karsten Möring MdB

